

Der Angriff auf die Männermehrheit

Mobilisierung 154 Frauenverbände lancieren einen strategischen Nationalratswahlkampf über die Parteigrenzen hinweg

VON ANNA WANNER

Seit acht Jahren stagniert der Frauenanteil in den kantonalen und nationalen Parlamenten. In der Tendenz geht er seit 2007 sogar wieder zurück. Und das obwohl die Zahl der Frauen, die zu den Wahlen antreten, stets hoch geblieben ist. Bei den Nationalratswahlen am 18. Oktober 2015 sind es konkret 1305 Frauen, die sich der Herausforderung stellen, und um den Einzug in das Bundeshaus kämpfen. Auch wenn mit 2497 Kandidaten noch immer doppelt so viele Männer antreten. Doch die Kandidatinnen holen auf.

Unsicherer Sprung in Politik

Die grosse Frage ist nun, ob sich das gesteigerte Interesse um Mitsprache auch zu einem Erfolg an der Wahlurne ummünzen lässt. Der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen Alliance F will es nicht darauf ankommen lassen. So ist Co-Präsidentin und Berner GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy überzeugt: «Wahllos Frauen zu wählen, führt zu nichts.» Je nach Liste komme die Stimme, die eigentlich für eine Frau bestimmt gewesen wäre, am Ende möglicherweise einem Mann zugute. Um genau das zu verhindern, hat Alliance F eine Strategie entworfen, die über den Aufruf «Frauen wählen Frauen» hinausgeht. Bertschy hat Wahlresultate und Listenverbindungen studiert, hat sich in die Niederungen der kantonalen Politik gekniet, gerechnet und sich nun daran gemacht, für ein Dutzend Kantone sogenannte Wahltickets zu erstellen.

Wahlchancen sind entscheidend

Die Liste ist zwar noch nicht komplett, aber der Vorstand von Alliance F empfiehlt neuerdings einzelne Kandidatinnen

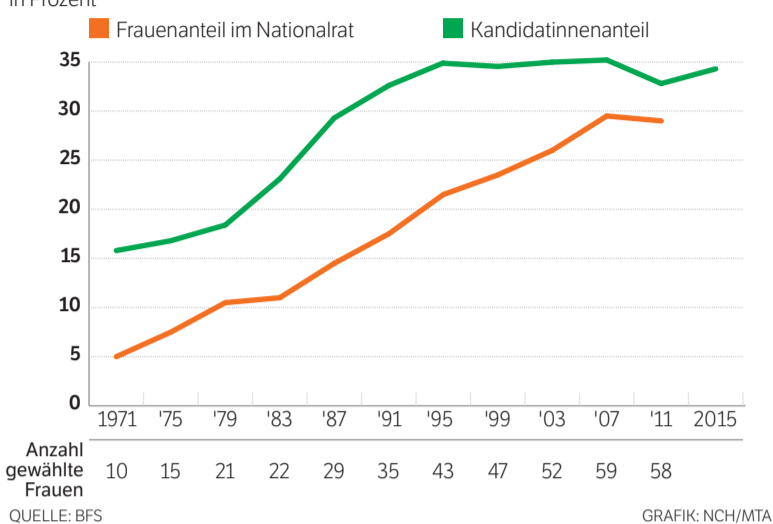
zur Wahl. Das Projekt «Clever Wählen» hat Bertschy gestern in Bern vor den Medien präsentiert. Um es auf das Wahlticket zu schaffen, haben die Frauen zwei Voraussetzungen zu erfüllen: Erstens müssen sie eine veritable Chance haben, gewählt zu werden oder wenigstens auf einen ersten Ersatzplatz vorzurücken. Zweitens reicht es nicht, eine Frau zu sein. Die Kandidatinnen müssen die Anliegen von Alliance F mittragen. Vorderhand setzt sich der Verband für die Gleichstellung von Mann und Frau ein. Nicht jeder Politikerin ist dieses Ziel auch ein Anliegen.

Um auszuloten, wer die Interessen tatsächlich vertritt, müssen interessierte Frauen sieben von zehn Fragen richtig beantworten. Von besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie über Lohngleichheit, Individualbesteuerung, bis hin zu einer Frauenquote sind die Positionen weit gestreut - und wohl nicht für alle Parteien kompatibel. Unter den Frauen, die es bisher aufs Wahlticket geschafft haben, dominieren SP und Grüne, es sind jedoch auch FDP-, CVP- und GLP-Kandidatinnen anzutreffen. Bertschy betont, die Wahltickets seien noch nicht komplett.

Ein Licht ist aufgegangen

Alliance F vertritt die Interessen von 154 Organisationen, darunter auch Frauenwirtschaftsverbände. Insofern sind die Vorgaben politisch heikel. Nicht nur werden Frauen ohne Aussicht auf Erfolg vom Wahlticket ausgeschlossen. Die Parteipolitik rückt so in den Hintergrund. Co-Präsidentin und Nationalrätin Maya Graf (Grüne/BL) verteidigt das Vorgehen: «Unser Ziel ist es, mehr Frauen in den Rat zu wählen und das muss gezielt passieren.» Diese Erkenntnis habe sich auch im Verband durchgesetzt.

NATIONALRATSWAHLEN: KANDIDATINNEN UND GEWÄHLTE



Vizepräsidentin Helen Issler sagt, dass hinter den Wahlen eine ganze Wissenschaft stecke. «Wir haben gemerkt, dass wir bisher die falschen Frauen gewählt haben, weil wir nicht vorgängig auch ihre Chancen berechneten - uns ist ein Licht aufgegangen.»

Männer als Frauenverstehrer?

Bleibt die Frage: Warum es so wichtig ist, dass Frauen im Parlament sitzen: Können nicht auch Männer sich für Gleichstellungsfragen einsetzen? Das bestreitet zwar niemand. «Doch reicht das nicht: Es sind Frauen, die Erfahrungen aus Beruf und Alltag in die Politik einbringen und so Probleme überhaupt erst sichtbar machen», kommentiert Co-Präsidentin Graf. Ausserdem sei immer wieder spürbar, dass in Bereichen, wo Frauen unterrepräsentiert sind, die Interessen kaum wahrgenommen werden.

«Unser Ziel ist es, mehr Frauen in den Rat zu wählen, und das muss gezielt passieren.»

Maya Graf
Co-Präsidentin Alliance F

Mehr Frauen ins Parlament? Stimmen Sie online ab.

FACHKRÄFTE

Schneider-Ammann im Visier der Frauen

Der Bundesrat hat 2011 eine Fachkräfteinitiative lanciert, um das inländische Potenzial an Arbeitskräften besser auszuschöpfen. Seit der Annahme der Zuwanderungsinitiative hat die Thematik neue Brisanz erhalten: Denn Fachkräfte können in Zukunft nicht mehr unbeschränkt aus dem Ausland rekrutiert werden. Das Departement von Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat deshalb berechnet, wo noch freies Potenzial brachliegt. Ergebnis: Zu 70 Prozent liegt dieses bei den Frauen. Bloss fühlen sich die 154 Frauenverbände, die Alliance F vereint, von Schneider-Ammann hintergangen. Als Massnahmen und Lösungen definiert wurden, seien die Frauen einfach aussen vor gelassen worden, sagte Co-Präsidentin Maya Graf gestern anlässlich einer Medienkonferenz. «Wenn Frauen und Frauenverbände in diesem Prozess fehlen und einfach nicht gefragt werden, können gar keine tauglichen Lösungen gefunden werden.» Alliance F plant nun, nächste Woche bei Schneider-Ammann vorstellig zu werden. Konkret geht es etwa darum, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht den Kantonen zu überlassen, Betreuungsmodelle zu finden, die auch Frauen mit unregelmässigen Arbeitszeiten entgegenkommen oder die Rekrutierung in sogenannten MINT-Fächern auch auf junge Frauen auszurichten. (WAN)

Auch andere Kassen mobben Versicherte

Assura Die Billig-Krankenkasse ist kein Einzelfall. Auch bei Intras und Maxi erfolgen die Rückzahlungen verspätet.

VON LINA GIUSTO

Ob eine Krankenkasse die Kosten für die Arztleistung vorschiesst - also nach «Tiers payant» handelt - hängt davon ab, ob es sich um eine Spitalabrechnung handelt oder ob die Kasse einen Tarifvertrag mit den Apothekern eingegangen ist (siehe Freitagausgabe). Beim gegenteiligen Prinzip - dem «Tiers garant» - bezahlen die Versicherten zuerst selber die Rechnung und fordern danach das Geld von der Krankenkasse zurück.

Gerade bei chronischen Erkrankungen wie Hepatitis C, Stoffwechsel- oder Krebskrankheiten sind die monatlichen Kosten für Medikamente sehr hoch. GLP-Nationalrätin Margrit Kessler sagt: «Die Behandlung von Brustkrebs kann monatlich bis zu 6000 Franken kosten. Wenn die Patienten dann drei Monate auf die Rückzahlung warten müssen - haben sie Kosten von fast 20 000 Franken ausstehend. Einen solchen Vor-

schuss können sich die wenigsten leisten.» Aber auch Versicherer wie Intras und Maxi haben keinen Tarifvertrag mit den Apothekern unterzeichnet. Sie wenden nach wie vor das Prinzip «Tiers garant» an: Der Versicherte muss zuerst die Rechnung bezahlen und dann das Geld bei seiner Krankenkasse einfordern - Rückzahlung mit Wartezeit unbestimmt. Diagnose: Mobbing.

«Eine klare Risikoselektion»

Das Zauberwort aber heisst Patientenfreundlichkeit. Gemäss Silvia Weigel, Medienverantwortliche vom Schweizerischen Apothekerverband Pharmasuisse, bedeutet die Abrechnung nach Tiers payant mehr Aufwand, sei aber patientenfreundlicher. Nach diesem Verfahren handeln denn auch die meisten Krankenkassen in der Schweiz. Weigel sagt: «Das Prinzip Tiers garant ist eine klare Risikoselektion. Patienten, die an einer chronischen Krankheit leiden und hohe monatliche Behandlungskosten haben, haben kaum eine andere Wahl, als zu einer anderen Krankenkasse zu wechseln.» Für Pharmasuisse ist der Finanzierungsvorschuss für Patienten ein grosses Anliegen - auch in Zukunft.

ETH

Beschränkung für ausländische Studis

Die ETHs in Zürich und Lausanne sollen die Anzahl ausländischer Bachelor-Studierender einschränken können. Mit der geplanten Änderung des ETH-Gesetzes reagiert der Bundesrat auf den Zustrom ausländischer Studierender. Im Jahr 2013 hatten beispielsweise an der ETH Zürich 13 Prozent einen ausländischen Zulassungsausweis, wobei Gast- und Mobilitätsstudierende nicht eingerechnet sind. In Lausanne waren es gar 37 Prozent. - Und ausgere-

chnet gestern meldete Lausanne erstmals über 10 000 Studierende (davon 29 Prozent Frauen). Im Bericht zur Vernehmlassungsvorlage spricht der Bundesrat von einer «Bereicherung für den Hochschulbetrieb». Möglichkeiten der Steuerung seien aber ungenügend.

Die Zahl ausländischer Studis könnte nun aber allein wegen höherer Gebühren abnehmen. Der Bundesrat will den ETHs daher erlauben, von diesen bis drei Mal höhere Gebühren zu verlangen. (SDA)

INSERAT

SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

